



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 10/2015

Bergsträßer reisen mit drei Bussen zur Streikkundgebung

Kreis Bergstraße. Das Fazit fiel sehr positiv aus: Mit ungefähr 160 Teilnehmern aus dem gesamten Kreisgebiet beteiligte sich der Bergsträßer Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an der Kundgebung in Wiesbaden anlässlich des Warnstreiks der verbeamteten Lehrkräfte, zu dem der GEW-Landesverband aufgerufen hatte. Mit drei Bussen wurde der Großteil der Lehrer von Bensheim aus in die Landeshauptstadt gebracht, etliche reisten zudem individuell an.

„Wir sind mit der Resonanz sehr zufrieden. Die im Vergleich zum Streik 2009 deutlich größere Anzahl an Teilnehmern, die sich auch durch die Drohungen von Behördenseite nicht einschüchtern ließen, zeigt, dass die Bediensteten keine Lust mehr haben, für die kurzfristigen Sparziele der Schuldenbremser herzuhalten“, sagte Holger Giebel vom Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße. Nach einer Auftaktkundgebung gegenüber des Wiesbadener Hauptbahnhofs führte ein Demozug quer durch die Stadt zum Dern'schen Gelände in unmittelbarer Nähe des Landtags, wo die Hauptkundgebung stattfand. Rund 6000 verbeamtete Lehrkräfte aus ganz Hessen beteiligten sich an dem Protest, hinzu kamen noch rund 1000 Mitglieder anderer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Die Teilnehmer sprachen sich gegen die Pläne von Schwarz-Grün aus, das Tarifergebnis für Angestellte nicht für Beamte zu übernehmen - als einziges Bundesland -, stattdessen eine Nullrunde anzusetzen, ehe in der Folge es nur noch einen maximalen Gehaltszuwachs von einem Prozent geben soll. Zudem steht bei den Lehrkräften noch eine tariflich vereinbarte Rückkehr von einer 42- zur 40-Stunden-Woche aus.

GEW-Landesvorsitzender Jochen Nagel zeigte sich von der großen Resonanz überwältigt und freute sich darüber, dass so viele Lehrkräfte bereit seien „ein Zeichen gegen die Politik der schwarzen Nullen“ zu setzen. Nagel sprach den Teilnehmern seine Hochachtung aus, denn sie seien bereit für den Kampf für qualifizierte und hochwertige Bildung, weshalb sie das beste Vorbild für die Schüler seien. „Ihr nehmt eure Arbeit ernst und wehrt euch gegen die systematische Abwertung des Berufes“, so der Gewerkschafter.

Es sei eine Farce, dass die Landesregierung eine solche Politik auch noch als „generationengerecht“ verkaufe. Zudem sei sie verlogen und habe sich durch Aussagen vor der Landtagswahl ihre Stimmen erschlichen, von denen sie nun nichts mehr wissen wolle. So habe sich Mathias Wagner, der bildungspolitische Sprecher der Grünen, einst für die gleiche Bezahlung und die gleiche Wochenarbeitszeit für Angestellte und Beamte ausgesprochen. Die CDU habe in einem Entschließungsantrag andere Bundesländer gerügt, die die Besoldung nicht komplett dem Tarif anpassten, da diese eine „unverantwortliche Missachtung der Beamten“ zum Ausdruck brächten.

Mit diesen Worten habe das jetzige Handeln jedoch nichts mehr zu tun. Stattdessen gebe es „Sonntagsbußreden“ über den hohen Stellenwert der Arbeit, „um montags in der Politik wieder kräftig sündigen zu können“. Oder es gebe ein „vergiftetes Lob, damit sich alle noch mehr ins Zeug legen“. Nagel forderte die Landesregierung auf, endlich die vor der Wahl getroffenen Aussagen ernst zu nehmen und das Tarifergebnis zu übertragen. „Ansonsten sehen wir uns hier nicht das letzte Mal“, unterstrich der GEW-Landesvorsitzende die Kampfbereitschaft.

Christine Dietz vom GEW-Landesvorstand nahm in ihrem Redebeitrag Bezug auf die Fürsorge des Landes gegenüber den Bediensteten: „Die Landesregierung zeigt ihre Fürsorge, in dem sie Gehaltsanpassungen verwehrt, Überlastungsanzeigen aus den Schulen als politisch motiviert einfach ignoriert, die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche verweigert und die Stellen reduziert.“

